

**Der Prügelknabe „Beamter“ und die Rolle der Gewerkschaften  
oder  
Warum haben die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes die Nase voll?  
oder  
Bringt die Verbindung von parlamentarischem und außerparlamentarischem  
Kampf Erfolg?**

Von Andreas Bernig

In den letzten Wochen erleben wir in Brandenburg eine heftige Auseinandersetzung zwischen den Gewerkschaften des Öffentlichen Dienstes und der Landesregierung. Hintergrund ist die geplante Streichung des Weihnachtsgeldes. Die öffentliche Meinung wird dabei durch die Landesregierung und viele Abgeordnete der Koalitionsfraktionen von SPD und CDU schamlos manipuliert. Die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst hätten schließlich einen gesicherten Arbeitsplatz sowie ein auskömmliches Einkommen, sie werden nach Tarif bezahlt und im übrigen gäbe es in der Wirtschaft auch kein Weihnachtsgeld mehr. Auf jeden Fall seien die öffentlichen Kassen leer und deshalb müsse man sparen. Warum die öffentlichen Kassen leer sind, wird natürlich nicht gesagt. Das scheint für die Regierenden ein Naturgesetz zu sein.

**Verfehlte Steuerpolitik**

Dabei sind es genau jene Regierenden, die durch ihre Steuerpolitik in den vergangenen Jahren dafür gesorgt haben, dass der öffentlichen Hand in der BRD jährlich über 50 Mrd. € durch Entlastung der Unternehmen und der Millionäre jährlich weniger zur Verfügung stehen. Weitere 5 Mrd. sind durch eine weitere Senkung des Unternehmenssteuersatzes geplant! Im Gegenzug wird die Mehrwertsteuer um 3% erhöht, die Pendlerpauschale gekürzt, die Krankenkassenbeiträge werden steigen, tarifliche Arbeitsplätze werden durch Billigjobs ersetzt, der Niedriglohnsektor boomt und die Arbeitszeiten verlängern sich, natürlich ohne Lohnausgleich – um nur einige sozialen Verschlechterungen zu nennen.

Diese Steuerpolitik und die Unterwanderung der Tarife hat in den letzten Jahren dazu geführt, dass die Realeinkommen der abhängig Beschäftigten mindesten um 0,9 % gesunken sind, während in anderen Ländern der EU die Einkünfte steigen. Nicht zu reden von der Steigerung der Unternehmensgewinne.

Die Brandenburger Landesregierung hat dieser Umverteilung von unten nach oben auf Bundesebene nichts entgegengesetzt und munter mit gestrichen.

Ihre Behauptung über das in der Wirtschaft auch nicht gezahlte Weihnachtsgeld ist eine blanke Lüge ( wer sich hier genauer sachkundig machen will, kann das im Internet unter [www.boeckler.de](http://www.boeckler.de)) und der Verweis darauf, dass in Brandenburg nur in ca.30 % der Betriebe Tarife gezahlt werden ist soziale Verantwortungslosigkeit oder auch blanker Zynismus.

Doch damit nicht genug. Jetzt begeht die Landesregierung auch noch Wortbruch!

**Kosteneinsparung ist das Maß aller Dinge**

Im Jahr 2003 trat sie an die Gewerkschaften des Öffentlichen Dienstes heran, um mit ihnen einen Einsparbetrag an Personalkosten zur Konsolidierung des Landeshaushaltes auszuhandeln.

Jährlich sollten 100 Mill. € eingespart werden ansonsten müsste man über 1200 Beschäftigten im Tarifbereich betriebsbedingt kündigen. Sachlich begründet waren diese Personalreduzierungen nicht. Es ging schlicht um Kostensenkung.

Da die Sicherung des Arbeitsplatzes höchste Priorität bei den Gewerkschaften hat, traten sie in Verhandlungen ein.

Im Ergebnis wurde für die Tarifbeschäftigten ein Sozialtarifvertrag zur Einsparung von 50 Mill. € jährlich ausgehandelt. Er beinhaltet die Kürzung der Arbeitszeit und des Lohnes um durchschnittlich 5 % bis zum Januar 2007. Im Gegenzug sichert die Regierung den Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen bis Ende 2009 zu. Für den Beamtenbereich wurde zur Einsparung von 50 Mill. € ein Solidarpakt geschlossen.

Er beinhaltet als wesentliche Einsparkomponente das Einfrieren des Weihnachtsgeldes auf einen einheitlichen Betrag von 1090 €.

Vereinbart war hier auch eine jährliche Überprüfung, ob die 50 Mill. € Einsparsumme auch erbracht wurde und das ab 2007 das Weihnachtsgeld wieder in Höhe des Niveaus von 2003 gezahlt wird. Das sind ca. 62 % eines Bruttomonatslohnes.

### **Solidarprinzip versus Teile und herrsche**

Diese Verträge waren für die Gewerkschaften kein Erfolg, hatten doch die Beschäftigten im Ergebnis weniger Geld in der Tasche. Aber die Tatsache der Arbeitsplatzsicherung nahmen die Mitglieder schließlich zähneknirschend hin. Wichtig ist auch, dass Tarifbereich und Beamtenbereich nicht auseinanderdividiert wurden, sondern die Solidarität ausschlaggebend war.

Das steht im krassen Gegensatz zur Politik der öffentlichen Arbeitgeber, die nach dem Prinzip „Teile und herrsche“ schamlos versuchen Tarifbeschäftigte und Beamte gegeneinander auszuspielen. Das jüngste Beispiel konnten wir bei der Verlängerung der Arbeitszeit erleben. Während diese Verlängerung mit Abstrichen in der Tarifaufeinanderersetzung abgewendet werden konnte, wurde sie im Beamtenbereich auf Bundesebene und in einigen Ländern auf dem Wege der Gesetzgebung durchgezogen.

Mit dem scheinheiligen Hinweis auf Gleichbehandlung werden die öffentlichen Arbeitgeber nunmehr dieses Thema wieder auf die Tagesordnung der nächsten Tarifverhandlungen setzen, zumal Hardliner Rainer Speer stellvertretender Vorsitzender der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) ist.

Für den Beamtenbereich in Brandenburg ist zu beachten, dass die bisher übliche Übernahme der Tarifergebnisse für die Beamten offen ist. Das betrifft die im Tarifbereich geregelte Angleichung an die 100% Westniveau, sowie die Übernahme der Ergebnisse des neuen Tarifvertrages Öffentlicher Dienst, der seit 1. November 2006 im Land gilt. Hier geht es um Einmalzahlungen und um die Lohnerhöhung um 2,9 % ab 2008.

### **Taschenspielertricks und schamlose Erpressung**

Im Land Brandenburg nahm Finanzminister Rainer Speer die Überprüfungs Klausel aus dem Solidarpakt zum Anlass, um bereits Anfang 2005 zu behaupten, dass die Einsparsumme im Beamtenbereich von 50 Mill. € nicht erbracht sei und legte einen Gesetzentwurf zur Kürzung des Weihnachtsgeldes auf 840 € vor.

Das rief den Protest der Gewerkschaften hervor, da diese Behauptung aus ihrer Sicht sachlich nicht unterlegt war. Tatsache war, dass im Jahr 2004 nicht nur 100 Mill. Personalkosten eingespart wurden, sondern sogar 138 Mill., was der Finanzminister auch stolz in einer Pressemitteilung im Juni 2005 einräumte.

Nur mit Mühe konnte Ministerpräsident Mathias Platzeck den Konflikt schlichten. Als Kompromiss nahmen die Gewerkschaften eine weitere Reduzierung des Weihnachtsgeldes auf 940 € hin.

Das machte offenbar dem Finanzminister Mut. Anfang 2006 teilte er der Öffentlichkeit mit, das weiter an Personalkosten gespart werden müsse. Man wolle den Sozialtarifvertrag (Arbeitszeit- und Lohnkürzung im Tarifbereich) mit den Gewerkschaften bis 2009 verlängern. Im Beamtenbereich legte er zunächst einen Gesetzentwurf zur Festschreibung der 940 € Weihnachtsgeld über das Jahr 2006 hinaus vor.

Das traf natürlich auf Widerspruch der Gewerkschaften. Denn der Sozialtarifvertrag mit seinem Kündigungsschutz gilt bis 2009 und die Festschreibung von 940 € Weihnachtsgeld für die Beamten ist Vertragsbruch. Schließlich war hier die Rückkehr zum höheren Niveau von 2003 vereinbart.

Sie erklärten keine weitere Verhandlungsbereitschaft zur Verlängerung des Sozialtarifvertrages, vielmehr solle die Landesregierung zunächst ihr weiteres Personalkonzept vorlegen und begründen.

Bekannt ist nämlich, dass trotz der erbrachten Personalkosteneinsparungen von 300 Mill. € durch Sozialtarifvertrag und Solidarpakt von 2004 bis 2006, die Regierung weitere erhebliche Stellenstreichungen im Landesdienst vor hat.

Nur nebenbei bemerk sei hier erwähnt, dass die Landesregierung durch ihren Sparkurs den Personalkostenanteil am Landeshaushalt von 2000 bis heute von über 25 % auf jetzt ca. 21 % gesenkt hat. ( In Nordrhein-Westfalen beträgt der Personalkostenanteil zum Vergleich ca. 40 %) Das hat auch damit zu tun, dass über die Sozialverträge hinaus in den Jahren 2004 bis 2006 weitere 227 Mill. € Personalkosten eingespart wurden. Also, insgesamt 527 Mill. €.

Das interessiert aber Rainer Speer überhaupt nicht. Er holt die Keule raus und sagt sich - Gut, wenn keine Verhandlungen im Tarifbereich, dann hole ich mir das Geld Kraft Gesetz bei den Beamten, und legt einen Gesetzentwurf zur Streichung der 940 € Weihnachtsgeld vor, wobei er eine Kinderkomponente von 200 € pro Kind großzügig zugesteht.

### **Das Maß ist übertoll**

Damit war das Maß für die Gewerkschaften voll!

Auf Initiative der Gewerkschaft der Polizei (GdP) demonstrierten am 22. November 2006 über 8000 Landesbedienstete, darunter 5000 Polizisten, gegen den ungeheuerlichen Vertragsbruch und gegen die Streichung des Weihnachtsgeldes. Bereits im Vorfeld wurden alle Abgeordneten angeschrieben und zum Teil in ihren Bürgerbüros aufgesucht, um sie aufzufordern dem Gesetzentwurf nicht zuzustimmen.

Konsequente Unterstützung erhielten die Gewerkschaften allerdings nur von der Fraktion der Linkspartei.PDS, die den Gesetzentwurf von vorn herein ablehnte. In der Haushaltsdebatte brachte sie einen entsprechenden Antrag ein, um den Weg für Verhandlungen glaubhaft offen zu lassen. Dieser wurde allerdings abgelehnt.

Das außerparlamentarische und parlamentarische Agieren führte aber wenigsten dazu, dass der Gesetzentwurf durch die Landesregierung zunächst auf Eis gelegt wurde.

Ministerpräsident Mathias Platzeck hat Verhandlungen angeboten.

Die werden aber sofort wieder durch öffentliche Äußerungen des Finanzministers und des Fraktionsvorsitzenden der CDU Thomas Lunacek konterkariert. Sie meinen es gäbe keinen Verhandlungsspielraum. Zu mindest dürften aber keine neuen Kredite aufgenommen werden.

Das ist eine erneute Irreführung der Öffentlichkeit. Durch die o.g. zusätzlichen Personalkosteneinsparungen in drei Jahren in Höhe von 227 Mill. € ist erwiesen, dass die Fortzahlung des Weihnachtsgeldes im Rahmen des bestehenden Haushaltes auch ohne neue Kreditaufnahmen möglich ist.

### **Politische Konsequenzen?**

Im Vorfeld der Verhandlungen haben die Gewerkschaften nunmehr die jeweiligen Ressortminister aufgefordert sich persönlich zu folgenden Fragen zu äußern:

1. Unterstützen sie unsere Forderungen nach der Fortzahlung des Weihnachtsgeldes auf Basis 2003 bzw. in zuletzt gezahlter Höhe?
2. Unterstützen sie unsere Forderung nach zeit- und inhaltsgleicher Übernahme des Tarifergebnisses?
3. Unterstützen sie unsere Forderung nach zeit- und inhaltsgleicher Übernahme der Ost-West-Angleichung?

Je nach Ausfall der Antworten werden die Gewerkschaftsmitglieder entscheiden, ob sie in persönlichen Briefen ihren Ministern das Vertrauen entziehen oder nicht.

Welche politische Konsequenzen das hat, bleibt zunächst offen.

Allerdings hatte der GEW Vorsitzende Günter Fuchs bereits auf der Demo am 22. November 2006 den Rücktritt der ganzen Regierung wegen Wort- und Vertragsbruch gefordert.

### **Was haben die Gewerkschaften mit dem Rechtsextremismus zu tun?**

Die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften ist für die Linke von grundlegender Bedeutung. Sie gehören zu denjenigen, die sich mit Nachdruck für die sozialen Interessen der Beschäftigten einsetzen, wenn das in der Vergangenheit auch oft nicht überzeugend geschah.

So ist der Reallohnverlust auch Ergebnis gewerkschaftlichen Agierens und der AGENDA 2010 wurde nicht ausreichen Widerstand entgegengesetzt. Die Folge davon ist, dass den Gewerkschaften die Mitglieder in Größenordnungen weglaufen. In den Jahren nach der Wiedervereinigung haben die im DGB vereinigten Gewerkschaften ca. 7 Millionen Mitglieder verloren. Zum Glück konnte dieser Trend in den letzten Jahren gebremst werden. Das hängt auch damit zusammen, dass offenbar wieder gekämpft wird. Jedenfalls machen die Streiks der letzten Zeit und ihr Agieren in Brandenburg wieder Mut.

Nicht zu vergessen ist, dass die Gewerkschaften konstituierender Bestandteil der Demokratie sind. Jeder Politiker muss sich fragen, was eigentlich politisch passiert, wenn den Gewerkschaften die Mitglieder weglaufen? Wo laufen sie hin? Was passiert, wenn die Gewerkschaften nicht mehr in der Lage sind überzeugend für den Sozialstaat einzutreten und ihn zu bewahren? Wer macht das, auch vermeintlicher Weise, dann?

Diese Fragen zeigen, dass wir es offenbar auch mit einer grundlegenden Frage der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus zu tun haben und damit, was den Rechtsextremisten entgegensetzen ist.

Also lasst uns alles für die Stärkung der Gewerkschaften tun, ohne sie zu vereinnahmen.